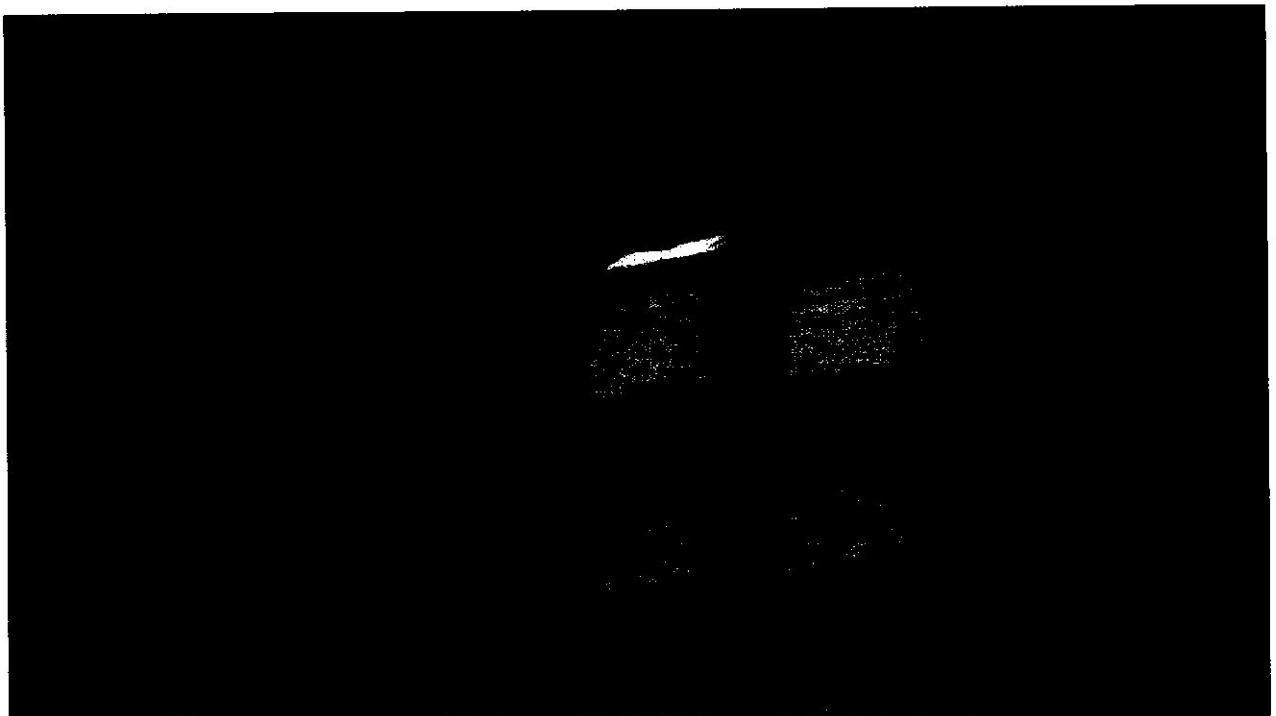


05.07.2021 14:00 |
BUNDESLÄNDER>SALZBURG

IM LANDTAG

Leerstandsgeld dürfte im Herbst besiegelt werden



Für leer stehende Wohnungen wird künftig eine Abgabe fällig.

Die geplante Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe dürfte schon bald Realität werden: Nach den versprochenen Zugeständnissen der ÖVP an den Koalitionspartner Neos soll das neue Gesetz schon im Sommer in Begutachtung gehen. Zur Freude der Opposition, die das Vorhaben nun auch unterstützen will.

1000 Euro für eine leer stehende 100-Quadratmeter-Wohnung pro Jahr: Diese Summe müssen Wohnungseigentümer wohl schon in naher Zukunft zahlen, außer die Wohnung wurde beispielsweise geerbt.

Die schwarz-grün-pinke Koalition hat sich auf die Eckpunkte der Abgabe geeinigt – wie berichtet, stimmen die Neos zu, wenn die Wohnbaudatenbank verbessert und strikter gegen illegale Zweitwohnsitze vorgegangen wird. Schon im Sommer dürfte das neue Gesetz in Begutachtung gehen, im Herbst könnten die Abgaben damit schon im Landtag beschlossen werden. Daran findet auch die SPÖ Gefallen – die ÖVP habe damit eine ihrer langjährigen Forderungen aufgegriffen. Aber: „Die Leerstandsabgabe ist kein Allheilmittel, weshalb die Landesregierung weiter gefordert ist, Vorschläge zur Mobilisierung von finanzierbarem Wohnraum vorzulegen“, sagt SPÖ-Wohnbausprecher Roland Meisl.

Wenig Begeisterung für die Abgabe zeigt der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund – das Ganze sei auch eine Bestrafungsaktion gegen diejenigen, die unverschuldet Leerstand haben und eigentlich vermieten wollen.